

# CDU sieht in Flüchtlingen eine „besondere Herausforderung“

## 38 Delegierte stimmen auf dem Kreisparteitag in Wardenburg über den Vorstand ab / Ansgar Focke berichtet aus Kreis- und Landtag

**WARDENBURG** ■ Zum CDU-Kreisparteitag fanden sich am Sonnabend 38 Delegierte aus dem Kreisverband Oldenburg-Land im Hotel „Wardenburger Hof“ (Fischbeck) ein. Geprägt war die Versammlung neben den Berichten des Kreisverbands-Vorsitzenden Ansgar Focke sowie einzelner Abgeordneter vor allem von den Wahlen.

Im Kreisvorstand gab es keine personellen Veränderungen. Mit 32 von 38 Stimmen wurde Ansgar Focke aus Ganderkesee als Vorsitzender wiedergewählt. Auch der geschäftsführende Vorstand aus den drei stellvertretenden Vorsitzenden wurde im Amt bestätigt: Einstimmig wurde Astrid Grotelüsch aus Großkneden mit 38 Stimmen erneut gewählt; Wolfgang Sasse aus Wildeshausen er-

hielt 35 Stimmen und Armin Köpke 34 Stimmen. Pressesprecher Friedrich Schnabel aus Hude und Kassenwart Rudi Dohle aus Dötlingen bleiben ebenfalls im Amt.

Ansgar Focke schnitt in seinen Berichten aus Kreis- und Landtag einige Themen an, die derzeit die Politik beschäftigen. Generell sei der Kreis „sehr gut aufgestellt“. Als vorherrschendes Thema stellte er die „besondere Herausforderung“ der Flüchtlingsfrage dar.

Dazu äußerte sich auch Wolfgang Sasse, stellvertretender CDU-Kreisverbandsvorsitzender sowie Fachsprecher für den Bereich Soziales im Kreistag, im Gespräch mit unserer Zeitung. So sei bei der Asylpolitik und bei der Frage der Integration in die Gemeinden vor allem auch die Herkunft



**Der neu gewählte Vorstand: Die stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Sasse und Armin Köpke, Gast Karl-Heinz Bley (Mdl), die stellvertretende Vorsitzende Astrid Grotelüsch, Vorsitzender Ansgar Focke, Pressesprecher Friedrich Schnabel und Kassenwart Rudi Dohle. ■ Foto: CDU**

der Flüchtlinge zu beachten. „Es muss schon besonders betrachtet werden, ob es sich um echte Kriegsflüchtlinge oder um Wirt-

schaftsflüchtlinge handelt“, so Sasse. Eine weitere Besonderheit seien die Flüchtlinge „nach der Dublin III-Verordnung“. Dabei geht es

um Menschen, die zum Beispiel in Deutschland einen Asylantrag stellen, obwohl sie ihre erste Grenzüber-

desrepublik tätigen.

Die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüsch berichtete während des Parteitag auch aus Berlin. Dort sei Griechenland Schwerpunktthema. Grotelüsch begründete, warum sie wie die Mehrheit des Bundestags für die viermonatige Fristverlängerung gestimmt habe: Wolfgang Schäuble habe sie überzeugt, dass gute Ansätze da seien, die jedoch noch Zeit brauchen, um zu reifen. Grotelüsch kündigte den Delegierten aber auch an, dass sie für den 18. April zur Versammlung der CDU-Mittelstandsvereinigung, der sie vorsitzt, den CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach eingeladen hat, der gegen die Verlängerung stimmte und seine Beweggründe in einer Gastrede darlegen wird. ■ an